

MEINUNGEN ZUM SCHEITERN DER SONDIERUNGSVERHANDLUNGEN

Es ist Zeit für einen Neuanfang

Angela Merkel ist mit Versuch eine schwarz-gelb-grüne Regierung zu bilden jämmerlich gescheitert, die Inszenierung der FDP war lächerlich und peinlich. Doch dem Land ist durch das Scheitern der schwarzen Ampel einiges erspart geblieben. Das konservative Lager ist zutiefst zerklüftet. Die gegenwärtige Situation ist offen und DIE LINKE bereitet sich unerschrocken auf alle Eventualitäten vor. Es ist Zeit für einen Neuanfang, alle gesellschaftlichen Kräfte links der CDU müssen dafür kämpfen, dass die soziale Alternative gestärkt wird.

*Katja Kipping und Bernd Riexinger,
Parteivorsitzende*

Keine Angst vor Neuwahlen - Mitte-Links-Regierung als klare Alternative

Nach den gescheiterten Koalitionsverhandlungen von CDU/CSU, FDP und Grünen auf Bundesebene stellt sich die Frage nach einer Minderheitsregierung oder nach Neuwahlen. Für DIE LINKE ist klar: Vor Neuwahlen haben wir keine Angst. Vielmehr müssen Neuwahlen als Chance gesehen werden, eine klare Alternative zum politischen Kurs von Bundeskanzlerin Angela Merkel - also zum gescheiterten Versuch, mit einer Jamaika-Koalition eine Mitte-Rechts-Regierung zu etablieren - zu finden.

Diese klare Alternative kann nur eine Mitte-Links-Regierung sein. An der LINKEN soll es nicht scheitern, über ihren Schatten müssen vor allem SPD und Grüne springen.

Letztlich bleibt festzuhalten: Alle Regierungen auf Landesebene unter Beteiligung der LINKEN waren und sind sehr stabile Bündnisse im Vergleich zum Trümmerhaufen, den Jamaika in Berlin nun hinterlassen hat.

*Thomas Lippmann,
Fraktionsvorsitzender im Landtag;
Andreas Höppner,
Landesvorsitzender*



Scheitern von Jamaika ist für den Großteil der Bevölkerung kein Verlust

„Das Scheitern der Sondierungsverhandlungen war nur logisch, wenn es Akteuren mehr um das Ego, als um die Verantwortung geht. Und inhaltlich bedeutet das Scheitern einer schwarz-gelb-grünen Koalition für den Großteil der Bevölkerung keinen Verlust“, erklärt Jan Korte, 1. Parla-

mentarischer Geschäftsführer der Fraktion DIE LINKE im Bundestag.

Der Abgeordnete aus Anhalt weiter: „CDU, CSU, FDP und Grüne haben in den Sondierungsverhandlungen auf den Tisch gelegt, was ihnen wichtig ist. Nicht wichtig waren ihnen die Eindämmung der Leiharbeit, das Schließen der Schere zwischen Arm und Reich, ein Ende der Benachteiligung Ostdeutschlands oder Investitionen in Kommunen zur Stärkung lokaler Unternehmen und für funktionierende Nachbarschaften.“

Egal, ob es bald oder erst später zu Neuwahlen komme, sei DIE LINKE bereit für jedes Szenario, so Korte: „Wir sind gut aufgestellt, vor Ort und in Berlin. Wir haben im Bundestag bereits etliche Anträge gestellt und sehen keinen Grund, mit der Parlamentsarbeit noch länger zu warten. Die politische Lücke, die eine kommissarische Bundesregierung lässt, kann der Bundestag schließen - aber nur, wenn er endlich die Arbeitsgremien einsetzt.“

DIE LINKE im Bundestag beantragt deshalb, die Ausschüsse, wie in der letzten Wahlperiode gehabt, einzusetzen und sofort mit der Facharbeit zu beginnen. Dem gegenüber steht ein Antrag von CDU/CSU, SPD, FDP, Grünen und AfD, die Bundestagsarbeit für die Zeit bis zur Regierungsbildung in drei Ausschüssen - dem Hauptausschuss, einem Petitionsausschuss sowie einem Geschäftsordnungsausschuss - zu erledigen.

*MdB Jan Korte, 1. Parlamentarischer
Geschäftsführer der Bundestagsfraktion*

Inhalt:

Seite 1
Meinungen zum Scheitern der Sondierungsverhandlungen

Seite 2
Paradise Papers: Steuertricks stoppen

Seite 3
Die Blamage von Bonn - Bericht von der Klimakonferenz

Martin Schirdewan wird Mitglied des Europaparlaments

Seite 4
Fall Oury Jalloh: Abgeschlossen ist noch lange nichts

Flüchtling? Nachbar? Kollege? - Landesverband startete Diskussion

Neuer Vorstand der Landtagsfraktion DIE LINKE Sachsen-Anhalt

Seite 5
Ortsversammlung in Bernburg

Gedenken an Reichspogromnacht in Güsten

Seite 6
Kriege, Terrorismus, Separatismus, Nationalismus - was stimmt nicht in der Welt?

Gegen das Vergessen

Seite 7
Ausschreibung Clara-Zetkin-Frauenpreis 2018

Aufruf zur Einreichung von Nominierungsvorschlägen zur Salzlandfrau

PARADISE PAPERS: STEUERTRICKS STOPPEN

MdB Fabio De Masi (ehemaliger stellv. Vorsitzender des Untersuchungsausschuss zu den Panama Papers im Europaparlament)

Ein Steuerskandal jagt den nächsten. Offshore Leaks in 2013, Luxemburg Leaks in 2014, Swiss Leaks in 2015, Panama Papers und Bahamas Leaks in 2016 und nun die Paradise Papers. Das internationale Konsortium Investigativer Journalisten (ICIJ) - ein Netzwerks von gut 200 Reportern aus 70 Ländern - wertete dabei Millionen geheimer Dokumente aus.

Dabei wurde erneut sichtbar: (Super)Reiche und Konzerne drücken ihre Steuern auf fast Null Prozent. Konzerne verschieben Gewinne über Ländergrenzen wie Amazon-Pakete. Dabei gründen Konzerne wie Apple oder Nike Briefkastenfirmen mit häufig nur einem Anrufbeantworter und führen an diese Zinsen für fiktive Kredite oder Lizenzgebühren auf die Markenrechte ab. In Deutschland werden dann zum Beispiel diese Zinsen von der Steuer abgezogen. In einer Steueroase wie Luxemburg, in der die Briefkastenfirma sitzt werden die Zinsen zu Dividenden erklärt, die dort unbesteuert bleiben. Eigentlich skandalös, aber: Konzerne sind sogar gegenüber ihren Aktionären verpflichtet, legale Schlupflöcher zu nutzen, die die Politik ihnen bietet.

Dabei wird die große Mehrheit der Bevölkerung doppelt enteignet. Denn die Konzentration von Vermögen und die wachsenden Unternehmensgewinne wurden dadurch erzielt, dass die Löhne in den letzten Jahren hinter dem Wachstum der Wirtschaft zurück blieben. Und nun machen sich die Oligarchen auch noch einen schlanken Fuß. Die ungleiche Verteilung fördert Beschäftigungskriminalität der Finanzelite und zerstört die Demokratie. Denn Geld schafft auch Einfluss auf Gesetze. Stichwort: Parteispenden von Unternehmen.

Etwa 8 Personen auf der Erde besitzen mittlerweile so viel Vermögen wie die Hälfte der Menschheit oder etwa 3,5 Milliarden Menschen. Auch die großen Unternehmen wie Facebook, Amazon oder Google sind häufig im Besitz der reichsten Familien und Oligarchen. Ob in Washington, Berlin oder Moskau. In Deutschland besitzen die reichsten zehn Prozent der Haushalte zwei Drittel des Netto-Vermögens, während die untere Hälfte der Bevölkerung nur über ein geringes Vermögen oder Schulden verfügt. Das ist eine kranke Entwicklung und hat nichts mehr mit Leistung zu tun. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts nannte man daher Industriekapitäne noch Räuberbarone.

Den EU-Staaten entgehen durch legale und illegale Steuertricks hunderte Milliarden Euro jährlich für Investitionen in Bildung, Infrastruktur oder Sozialstaat.

Kriminelle nutzen Steueroasen und Schattenfinanzplätze um Geldwäsche, Finanzkriminalität, Drogen- und Menschenhandel oder Terrorfinanzierung zu verschleiern. Regierungen schieben sich gegenseitig den Schwarzen Peter zu und kürzen gleichzeitig ihre Steuerverwaltungen kaputt. Und: die USA wollen ihre Unternehmenssteuern drastisch senken, um im Ausland geparkte Gewinne von US-Konzernen zurück ins Land zu holen. Dabei wäre das gar nicht nötig. Die USA erheben nämlich ohnehin den Anspruch, US-Konzerne weltweit zu besteuern - egal wo sie ihre Gewinne erwirtschaften. Wenn sowohl die EU als auch die USA Apple und Co in den Schwitzkasten neh-



men würden, gäbe es ganz schnell Druck auf internationaler Ebene, faire Regeln zu vereinbaren. Am Ende verlieren wir alle, während der globale Geldadel den Hals nicht voll genug bekommt.

Im Zentrum der Paradise Papers steht abermals eine große Kanzlei (Appleby), die ähnlich wie Mossack Fonseca aus den Panama Papers Dienstleistungen an Konzerne und (Super)Reiche verkauft. Dabei werden Briefkastenfirmen gegründet, die wahren Identitäten der Eigentümer verschleiern und die besten Steuertricks weltweit angeboten. Gesteuert wird das Appleby-Business seit 1898 aus dem britischen Überseegebiet Bermuda. Eine gerade erschienene Broschüre der LINKEN im Europaparlament erklärt diese Tricks im Detail.

Diese Abzocke ließe sich beenden. Die Steuereuropapolitik im Rahmen der OECD und der EU ist gescheitert, da Steueroasen wie Luxemburg, Niederlande und Großbritannien stets Fortschritte blockieren. Auch Deutschland - laut dem Präsidenten des Bundeskriminalamtes ein Paradies für Geldwäsche - mauert. Etwa bei Gesetzen zur Offenlegung von

gezählten Unternehmensgewinnen und Steuern für jedes Land oder öffentlichen Registern der wahren Eigentümern von Briefkastenfirmen. Zudem fordern Kriminalbeamte ein zentrales Immobilienregister für Deutschland.

Wir müssen aber nicht warten bis sich 28 EU-Staaten oder 35 Industrieländer im Rahmen der OECD einig sind. Es sind auch unilaterale Maßnahmen gegen Steueroasen und Schattenfinanzplätze möglich. Die USA - selbst eine Steueroase - haben das gegenüber der Schweiz und Lichtenstein erfolgreich vorgemacht: Nach der Drohung mit Strafsteuern lieferten die Zwergstaaten Bankdaten. Alle abfließenden Gewinne bzw. Zahlungen wie Zinsen, Lizenzen, Dividenden und Versicherungsprämien sollten daher zukünftig in Deutschland mit einer Quellensteuer belegt werden. Eine doppelte Besteuerung ließe sich dabei problemlos vermeiden. Wer bereits in Deutschland Steuern gezahlt hat, bekäme diese angerechnet. Gleichzeitig müssen Doppelbesteuerungsabkommen mit nicht-kooperativen Staaten gekündigt werden, da diese wirkungsvolle Maßnahmen gegen Steuerflucht oft ausschließen.

Kanzleien und Banken sind die Drückerkolonnen der Steueroasen. Ihnen muss bei wiederholter Beihilfe zu schwerer Steuerhinterziehung die Geschäftslizenz entzogen werden. Hierbei würde auch ein Unternehmensstrafrecht, wie in den USA, helfen.

Mehr Transparenz und schärfere Gesetze wirken nur, wenn Steuerbehörden und Finanzgerichte in der Lage sind, das Recht umzusetzen. Dafür braucht es mehr Personal, ein Ende der Steuerkonkurrenz zwischen den Bundesländern und eine koordinierende Bundesfinanzpolizei. Jeder Normalbürger in Deutschland muss sich an die Regeln halten. (Super)Reiche und Konzerne bezahlen hingegen Armeen von Anwälten und Steuerberatern, die ihre schmutzigen Tricks absichern.

Die Jamaika-Parteien CDU/CSU, FDP und GRÜNE waren sich hingegen schnell einig: Eine Vermögenssteuer oder eine realistische Erbschaftssteuer für (Super)Reiche wird es mit ihnen nicht geben. Maßnahmen gegen Steuertricks von Apple und Co? Fehlansage! Es bleibt daher zu hoffen, dass Journalisten und Öffentlichkeit weiter Druck machen, um den Raubzug der Reichen und Konzerne zu stoppen. Und damit dieses Land eine Regierung bekommt, die der Mehrheit dient.

DIE BLAMAGE VON BONN – BERICHT VON DER KLIMAKONFERENZ

MdB Lorenz Gösta Beutin, Klima- und Energiepolitiker der Bundestagsfraktion

Langsam dreht sich das bunte Karussell, das hinter dem Konferenzgelände der Klimakonferenz am Rheinufer für herbstlichen Jahrmarktflair sorgt. Langsamer walzen sich auf dem Gelände des einstigen Bundestages die Verhandlungen über die Zukunft der internationalen Klimapolitik durch die November-Tage. Doch während die Welt eine immer rasanere Klima-Achterbahn durchmacht, regiert im Kanzleramt unbeirrt der tagespolitische Stillstand des Merkel'schen Machterhalts.

Im Hubschrauber vom Berliner Balkon der Sondierungsgespräche eingeflogen, machte die Gastgeberin auch auf internationalem Parkett eine schwächliche Figur. Merkel war an ihre alte Wirkungsstätte als Kohls Umweltministerin zurückgekehrt. Von ihrem anschließendem Wortgeplapper vor den Staatenlenkern, das weder das Wort „Kohleausstieg“, „Ende des Verbrennungsmotors“ noch irgendeine zusätzliche, konkrete Klimaschutzmaßnahme enthielt, wurde einem schlechter als auf einem Segelboot bei Seegang.

Deutschland ist dreckiger Braunkohleweltmeister

Denn die Erde ist in einem üblen Zustand. Allgemeinplätze über den menschengemachten, vom Turbokapitalismus angefeuerten Klimawandel helfen längst nicht mehr weiter. Das Pariser Abkommen von 2015 hat ein sinnvolles, ein notwendiges Ziel: Die Erderwärmung gegenüber der vorindustriellen Zeit unter zwei Grad zu begrenzen. Für die Inselstaaten und Ländern mit viel Küste wurde sogar „wenn möglich“ ein 1,5-Grad-Limit vertraglich festgeschrieben. Bis Ende des Jahrtausends, wohl gemerkt. Muss das Ticket für Klimaschutz also erst später gelöst werden? Nein! Kurz vor der Konferenz rechneten

UN-Experten alle gemachten Versprechen der Staaten, weniger Klimagase auszustoßen, zusammen. Das Ergebnis kennen auch Merkel & Koalitionäre: Ein Anstieg von mindestens drei Grad bis 2100 ist „sehr wahrscheinlich“. Eine Insel wie Fidschi, das Pazifik-Land hatte in Bonn turnusmäßig die Präsidentschaft inne und Deutschland mangels Kraft und Infrastruktur als Austragungsort angefragt, wäre dem Untergang geweiht, würde im Meer versinken.

Dass endlich gehandelt statt verhandelt



werden muss, auch das ist der mächtigsten Physikerin der Welt klar. Für 2017 rechnen Forscher mit einem Anstieg der CO₂-Emissionen, erstmals seit drei Jahren – ein fatales Signal. Und das im Jahr zwei nach dem bejubelten Accord de Paris. Auch Deutschland trägt sein schmutziges Scherflein bei, der Verkehr, also PKW, LKW und andere Autos, stößt heute mehr statt weniger Klimagase als noch 1990 aus. Deutschland ist dreckiger Braunkohleweltmeister, trotz Energiewende ist der Exportweltmeister mehr denn je ein Teil des Problems. Ein Klimawandel, der jährlich Hunderttausende durch Stürme, Fluten und Dürren tötet, vertreibt oder in Armut stürzt. **Druck muss zunehmen**

Berlin hat sich in Bonn bis auf die Knochen blamiert. Die Rechnung neoliberaler Tatenlosigkeit zahlen Mensch und Umwelt. Längst ist Deutschland kein Klimavorreiter mehr. Für gute Nachrichten sorgten andere. Trump zum Trotz kamen klimaschutzwillige Bundesstaaten der Vereinigten Staaten auf die Rheinwiesen. Eine Allianz von mehr als 20 Staaten, auch hier machte Deutschland mit dem Hinweis auf das Sondierungsgezerre nicht mit, erst bis 2030 sollen die letzten Kohlemeiler vom Netz genommen werden. In den komplizierten UN-Klimaprozess-Dschungel konnten Frauen und Indigene Völker, die am härtesten von Klimawandelfolgen betroffen sind, eine kleine Schneise schlagen und sich mehr Rechte für Mitbestimmung und Unterstützung erstreiten.

Dass Klimaverhandlungen wichtig sind sollte niemand bestreiten. Ohne Verhandlungspoker, wie zäh und kleinteilig die Ergebnisse auch seien, wird es Klimagerechtigkeit nie geben. Werden die mächtigen Staaten die Regeln der Welt bestimmen, die reichen Länder keine Entschädigungen für Schäden gen Süden zahlen, keine Gelder für Deiche und Solarpaneele hergeben, Klimageflüchteten keinen Flüchtlingsstatus eingestehen, keine Anstrengungen unternehmen, auf Kohle, Gas und Erdöl zu verzichten. Auf die Politik aber sollte sich keiner verlassen, dem Klimaschutz, Gerechtigkeit und Demokratie etwas bedeuten. Der Druck auf der Straße, in den Kohlegruben, auf Energieriesen, Autoindustrie, Landwirtschaftsmultis und Immobilienwirtschaft muss stärker werden. System Change, not Climate Change, das muss der laute Slogan der nächsten Jahre sein.

MARTIN SCHIRDEWAN WIRD MITGLIED DES EUROPAPARLAMENTS

www.dielinke-europa.eu

Ich bin auf die nächsten Tage und Wochen gespannt und freue mich sehr auf die anstehende Aufgabe“, sagt der neue Europaabgeordnete Martin Schirdewan (DIE LINKE). Das Präsidium des Europäischen Parlaments erklärte Schirdewans offiziellen Mandatsantritt in der gestrigen Plenarsitzung vom 15. November 2017.

Schirdewan war bis dahin Leiter des Europabüros der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Brüssel. Er folgt auf Fabio de Masi, der als Abgeordneter in den Bundestag wechselte. Schirdewan übernimmt dessen Aufgaben im Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON) und die Mitgliedschaft in den Delegationen für die Beziehungen zu Südafrika und zu Indien.



MdEP Martin Schirdewan (Foto privat)

„Die Veröffentlichung der Paradise Papers offenbart, dass sich seit den Panama Papers und LuxLeaks rein gar nichts geändert hat. Weder das Europäische Parla-

ment noch der Deutsche Bundestag haben bisher die Steuerhinterziehung der Reichen und der Mega-Konzerne unterbinden können geschweige denn verbieten wollen. Die Krisen der EU sind deshalb auch Ausdruck des politisch-moralischen Totalversagens der regierenden Parteien und einflussreichen Eliten. Gemeinsam mit meinem Vorgänger, dem jetzigen Bundestagsabgeordneten Fabio de Masi, werde ich dafür streiten, dass Steuerbetrug nicht nur Steuerbetrug genannt werden darf, sondern zukünftig auch dementsprechend geahndet wird“, erklärte Schirdewan.

FALL OURY JALLOH: ABGESCHLOSSEN IST NOCH LANGE NICHTS

Henriette Quade, innenpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion

Nach über 12 Jahren ändert die Staatsanwaltschaft Dessau ihre Auffassung zu der Frage, ob Oury Jalloh sich selbst angezündet hat oder ob davon auszugehen ist, dass er durch Fremdeinwirkung zu Tode kam. Und geht von letzterem aus. Dazu erklärt Henriette Quade:

»Das ist nichts anderes als eine Zäsur in der Prozessgeschichte. Denn das bestätigt erstmals von Seiten der Justiz den von der Initiative Oury Jalloh seit Jahren erhobenen und polizeilich kriminalisierten Verdacht: Oury Jalloh, das war Mord. Die Dessauer Staatsanwaltschaft hat offenbar mehr als nur einen Anfangsverdacht gehabt. Sie hat Untersuchungshypothesen aufgestellt und konkrete Tatverdächtige benannt. Und just ab diesem Moment ist nicht mehr Dessau für das Verfahren zuständig, sondern die Staatsanwaltschaft Halle. Die kommt mit den gleichen Unterlagen zu einem gänzlich anderen Schluss und entscheidet: es liegt kein Anfangsverdacht vor. Das ist

nicht nachzuvollziehen.

Zu all dem erfolgt eine Informationspolitik, die sich nur als Politik der gezielten Nichtinformation beschreiben lässt. Grüne, SPD und CDU verhindern im Landtag, dass der Rechtsausschuss Akteneinsicht nehmen kann und das Justizministerium weist jede Problematisierung zurück.

Das stinkt zum Himmel und es reiht sich ein in eine lange Geschichte der Vertuschung, Nichtaufklärung und verunmöglichter Aufklärung.

Fakt ist: Solange die Justiz den Verdacht ‚Oury Jalloh, das war Mord‘ nicht ausräumen kann, ist es ihre Aufgabe, ihm nachzugehen. Wer das verneint, der muss sich nach seiner Motivation fragen lassen und der muss sich fragen lassen, was er damit eigentlich bezweckt, wenn nicht Aufklärung zu verhindern.

Dass die Koalitionsfraktionen es ablehnten, sich die Akten, die die Staatsanwaltschaften Dessau und Halle geprüft haben, anzuschauen, ist angesichts der neuen Er-

kenntnisse fatal. DIE LINKE wird deshalb erneut einen Antrag stellen, die den Rechtsausschuss auffordert, sich erneut mit dem Thema zu befassen und Akteneinsicht zu nehmen.

Zudem ist sehr genau abzugleichen, inwiefern die Aussagen, die in der letzten Sitzung des Rechtsausschusses durch den Generalstaatsanwalt und die Staatsanwaltschaft Halle getätigt wurden, zu den heute bekannt gewordenen Informationen passen. Dass die Gutachter mehrheitlich zu der Auffassung gekommen sind, dass der Tod Oury Jallohs durch Fremdeinwirkung wahrscheinlicher ist, als die Selbstanzündung, ergab sich aus den Darstellungen nicht.

Klar ist: Abgeschlossen ist hier noch lange nichts. Der Fall Oury Jalloh muss weiter untersucht, aufgeklärt und sämtliche Vorgänge dazu aufgearbeitet werden. Die Justiz in Sachsen-Anhalt hat einmal mehr bewiesen, dass das außerhalb Sachsen-Anhalts passieren muss.«

FLÜCHTLING? NACHBAR? KOLLEGE? – LANDESVERBAND STARTETE DISKUSSION

Andreas Höppner, Landesvorsitzender

Wie sollte eigentlich eine linke Migrationspolitik, wie eine sozialistische Integrationspolitik aussehen? Wie offen sollen unsere Grenzen sein, und soll wirklich jeder zu uns kommen dürfen? Brauchen wir ein linkes Einwanderungsgesetz?

Als 2015 eine große Anzahl syrischer Flüchtlinge auch in der Bundesrepublik ankamen, zeigte sich wieder einmal: Die Welt ist aus den Fugen. Krieg und Vertreibung, Flucht vor Hunger und Elend, sind in vielen Teilen der Welt Normalität. Als LINKE haben wir hierzu eine klare Haltung: Menschen in Not brauchen Hilfe. Und wir alle eine gerechte Weltordnung. Gleichzeitig stellt auch uns die Gesellschaft Fragen, wie wir als LINKE mit weltweiter Migration, und insbesondere, wie

wir mit Einwanderung in die Bundesrepublik politisch umgehen wollen. Die 2. Tagung des 6. Landesparteitages in Halle/S. hat deshalb im Mai über einen Antrag des Jugendverbandes Linksjugend [solid] debattiert, der dieses Thema aufgreift: „Es braucht linke Einwanderungspolitik“ (<http://www.dielinke-sachsen-anhalt.de/partei/parteitage/6-parteitag-2-tagung/dokumente/antraege/es-braucht-linke-einwanderungspolitik/>).

In der Debatte wurde der Diskussionsbedarf deutlich. Der Parteitag hat daher beschlossen, diesen Antrag im Landesverband intensiv zu diskutieren. Auf seiner Sitzung vom 13.06.2017 hat der Landesvorstand beschlossen, diese Debatte zu organisieren und unter anderem alle Genossinnen und Genossen, aber auch linke

thematisch Interessierte einzuladen, sich zu diesem Thema mit eigenen Beiträgen einzubringen. Konkret: Wie sollte eigentlich eine linke Migrationspolitik, wie eine sozialistische Integrationspolitik aussehen? Wie offen sollen unsere Grenzen sein, und soll wirklich jeder zu uns kommen dürfen? Brauchen wir ein linkes Einwanderungsgesetz? Nicht zuletzt: Wie organisieren wir gleiche Teilhabe für alle, gerade dann, wenn der Neoliberalismus die Konkurrenz zusätzlich verschärft? - Wir sind gespannt auf Eure Beiträge (per email oder Post), die wir in der Landesgeschäftsstelle sammeln und der Diskussion im Landesverband zugänglich machen werden!

NEUER VORSTAND DER LANDTAGSFRAKTION DIE LINKE SACHSEN-ANHALT

www.dielinke-fraktion-lsa.de

Im Rahmen der heutigen turnusmäßigen Fraktionsvorstandswahl wurde Thomas Lippmann zum neuen Vorsitzenden der Landtagsfraktion DIE LINKE Sachsen-Anhalt gewählt. Auf den 55-jährigen Hallenser, der auch weiterhin die Funktion des bildungspolitischen Sprechers der Fraktion ausüben wird, entfielen von 14 abgegebenen Stimmen 12 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen.

Zum Parlamentarischen Geschäftsführer wurde Stefan Gebhardt gewählt. Auf ihn entfielen 12 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen.

Als stellvertretende Fraktionsvorsitzende und zugleich Arbeitskreisleiterinnen wurden Eva von Angern (13 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung), Henriette Quade (13 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme) und Kerstin Eisenreich (14 Ja-Stimmen) gewählt. Der Frakti-

onsvorstand wurde durch die Zusammenlegung der Ämter der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden und der Arbeitskreisleiterinnen verkleinert.

Den bislang von Thomas Lippmann ausgeübten Vorsitz des Ausschusses für Bildung und Kultur im Landtag von Sachsen-Anhalt wird künftig die kinder- und familienpolitische Sprecherin der Fraktion Monika Hohmann übernehmen.

ORTSVERSAMMLUNG IN BERNBURG

Elke Rehmman, stellv. Ortsvorsitzende

Am 16. November fand die zweite Ortsversammlung dieses Jahres im Ortsverband Bernburg statt. Mit 26 Teilnehmer*innen war die Versammlung sehr gut besucht. Auf der Tagesordnung stand diesmal die Auswertung der Bundestagswahl, zu der die langjährige Landtagsabgeordnete und jetzige Bundestagsabgeordnete Birke Bull-Bischoff, unser MdB Jan Korte, sowie der Kreisvorsitzende Lothar Boese eingeladen waren. Leider konnte Jan Korte an diesem Abend nicht anwesend sein, da er zeitgleich auf der Trauerfeier seines guten Freundes Dominic Heilig in Berlin war.

Eingangs bewertete der Ortsvorsitzende, Jörg Lemmert, den vergangenen Wahlkampf im Altkreis Bernburg als sehr positiv. Es gab zahlreiche Mitglieder und Sympathisant*innen, die sich bereit erklärten, Plakate anzubringen, abzuhängen und Zeitungen zu verteilen. Deshalb konnte der Wahlkampf wieder ohne gewerbliche Hilfe durchgeführt werden. Als kleiner Wermutstropfen wurden, was Bernburg betrifft, die mangelnden Info-Standbesetzungen erwähnt, was zumeist der Tatsache geschuldet war, dass noch etliche aktive Mitglieder berufstätig sind. Hervorgehoben wurde außerdem von Jörg Lemmert, dass die Spendenkampagne für die Zeitungswahlanzeige von Jan Korte im Wahlkreis Anhalt sehr gut aufgenommen wurde. Allein im Salzlandkreis kam durch die Spenden fast die Hälfte der benötigten Summe zusammen.

Aus Lothar Boeses Sicht hat DIE LINKE bundesweit an Potenzial zugelegt, wir können uns über 500.000 neue Wähler freuen. Allerdings kommen diese zum Großteil aus dem Westen der Republik. Im Osten dage-



Lothar Boese und Jörg Lemmert bedanken sich bei Birke Bull-Bischoff (Foto privat)

gen haben wir an Stimmen verloren, vorrangig an die AfD. Dies hängt damit zusammen, dass sich die Wähler*innen im Osten zunehmend abgehängt und von der Politik nicht verstanden fühlen. Deshalb wurde aus Protest gewählt und die AfD dadurch gestärkt. Wir als LINKE müssen offensiver auf die Leute zugehen und versuchen, mit einfachen Worten unsere Ziele darzulegen. Zu diesem Thema gab es in der Versammlung großen Redebedarf, viele Anwesende meldeten sich zu Wort. Birke Bull-Bischoff, die selbst für den Wahlkreis Burgenland-Saalekreis über die Landesliste in den Bundestag einzog, äußerte sich ähnlich. Auch sie stellte fest, dass wir uns im Westen als linke Partei etabliert haben, vorrangig wegen unserer Friedenspolitik. Im Osten dagegen wurden wir abgestraft, gerade von denjenigen, für die wir uns einsetzen. Bei Arbeitslosen, Arbeiter*innen und prekär Beschäftigten konnten wir nicht überzeugen. In großen Städten legte unsere Partei an Stimmen zu, viele junge Leute wurden jetzt als Neumitglieder aufgenommen. In den ländlichen Gebieten hingegen werden

die Lebensbedingungen für die Bewohner*innen durch die kommunalen Einsparungen immer schlechter, dafür wurde auch DIE LINKE abgewählt, denn wir werden nicht mehr als Protestpartei angesehen.

Nach einer regen Diskussion zum Thema Einwanderung und Integration berichtete Jörg Lemmert noch über die hinter uns liegende Arbeit im Ortsverband, die wie immer sehr aktiv und inhaltsreich war. Um einige Beispiele zu nennen: Info-Stände auf dem Karlsplatz, Frühstück mit Links, Kaffee mit Links oder der Stammtisch im Wahlkreisbüro. Unsere Veranstaltungen sind alle öffentlich und gut besucht.

Da an diesem Tag Birke Bull-Bischoff bei uns in Bernburg noch einmal einen Wahlkreisstag durchführte, nutzte sie die Gelegenheit, um sich bei den Mitstreiter*innen aus ihrem alten Wahlkreis, wozu auch die Ortsverbände Saale-Wipper und Nienburg gehören, mit Speis und Trank für die gute Zusammenarbeit zu bedanken und etwas wehmütig „Auf Wiedersehen“ zu sagen. Sie möchte ihrem alten Kreisverband die Treue halten und ihn bei Gelegenheit wieder besuchen, es soll also kein endgültiger Abschied sein. Am Ende unserer Ortsversammlung überreichten ihr im Namen aller Mitglieder des Ortsverbandes und des Kreisvorstands die beiden Vorsitzenden eine „Salzlandkiste“ mit Produkten aus unserer Region, worüber sie sich sehr freute. Auf unserer nächsten Ortsversammlung, die voraussichtlich im Frühjahr nächsten Jahres stattfindet, wird turnusgemäß ein neuer Ortsvorstand gewählt. Interessierte Kandidat*innen können sich gerne schon melden.

GEDENKEN AN REICHSPÖGROMNACHT IN GÜSTEN

Lars Lehmann, Sprecherrat DIE LINKE Saale-Wipper

Die Ortsgruppe Saale-Wipper der LINKEN gedachte am 09. November auf dem jüdischen Friedhof in Güsten der Opfer des Faschismus. Als Redner konnten wir in diesem Jahr Joachim Grossert begrüßen, welcher sich seit vielen Jahren mit Heimatgeschichte und insbesondere auch mit jüdischer Geschichte in unserem Gebiet beschäftigt.

Nach einigen allgemeinen einführenden Worten zum Wahnsinn des Holocaust und den Ereignissen die dahin führten, wurde er dann auch sehr schnell konkret und ging auf die Geschichte der jüdischen Gemeinde in Güsten ein. Dabei warf er einige Fragen auf: „Wo stand eigentlich die Synagoge in Güsten?“, „Wurde diese am 09. November bzw. in dessen Folge zerstört?“. Wie auch in den bisher vorhandenen Schriftstücken des Heimatvereins konnte

er auch von den Anwesenden hierauf keine Antwort erhalten. Die Ergebnisse seiner eigenen Recherchen im Vorfeld der Rede, brachten dann jedoch für alle neue, interessante Fakten zu Tage. So konnte er berichten, dass die Synagoge in Güsten am Kirchplatz 4 stand. Wie in vielen anderen jüdischen Gemeinden in den Kleinstädten, schrumpfte auch die Jüdische Gemeinde in Güsten ab ca. 1900 stetig, sodass auch das Bauwerk nicht mehr ordnungsgemäß unterhalten werden konnte. Im Jüdischen Gemeindeblatt von 1930 ist bereits von einem „verfallenen Bauwerk“ bzw. von einem „Tempel der nicht leben und nicht sterben kann“ die Rede. Das Grundstück inkl. Gebäude wurde schließlich 1941 an die Reichsvereinigung übertragen. Wann das Gebäude letztendlich abgerissen wurde, ist nicht bekannt.

Zum Schicksal der zwei am 09. November 1938 noch in Güsten lebenden Juden, Sally Neumann und Moritz Märker konnte er ausführen, dass beide teilweise nach Zwischenhaftung in Bernburg und Dessau, nach Buchenwald gebracht wurden. Neumann wurde am 17.01.1939 aus Buchenwald nach Dessau entlassen, mit der Auflage bis zum 19.02.1939 das Reichsgebiet zu verlassen, dies konnte ihm der Güstener Bürgermeister am 25.02. bestätigen, Neumann war nach Shanghai ausgewandert.

Zum Abschluss der Veranstaltung übergab Herr Grossert noch die Ergebnisse seiner Recherchen an Joachim Rosenthal vom Heimatverein Güsten, damit eventuell auf dieser Basis weiter an der Geschichte der jüdischen Gemeinde nachgeforscht werden kann.

KRIEGE, TERRORISMUS, SEPARATISMUS, NATIONALISMUS - WAS STIMMT NICHT IN DER WELT?

Friedrich Schütz

Über dieses Thema sprach Dr. sc. André Brie am 21. November auf einer Veranstaltung des Kreisvorstandes der LINKEN im Metropol. Die genannten Kategorien sind eng verbunden mit solchen Erscheinungen im nationalen und internationalen Geschehen wie Tod und Zerstörung, Ausbeutung und Unterdrückung, ungeheurer Reichtum und bittere Armut sowie Flucht und Vertreibung, um nur einige zu nennen.

Der Redner begann seinen Vortrag mit dem Satz: „Es stimmt so gut wie nichts in der Welt“. Als einzige Ausnahme hierzu führte er Kolumbien an, wo der Jahrzehnte dauernde Kampf zwischen der Befreiungsfront FARC und den Regierungstruppen beendet und Frieden geschlossen wurde.

Nach einer kurzen Darlegung über seine Reisen in die irakischen Kurdengebiete gab er einen Überblick über die Situation im Nahen und Mittleren Osten. Der sogenannte Islamische Staat (IS) ist weitgehend besiegt. Die irakischen Großstädte Kirkuk und Mossul wurden zurückerobert, und damit ist der Irak wieder fast in den Händen der Regierung.

Das am stärksten in diesem Gebiet vom Krieg betroffene Land ist Syrien. Alle bisherigen Versuche, diesen zu beenden und wieder normale Verhältnisse zu schaffen, ich erwähne nur die 2015 von der UNO organisierte Wiener Außenministerkonferenz, schlugen fehl.

Von den gegenwärtig bzw. in der jüngsten Vergangenheit in dieser Region geführten Kriegen seien erwähnt: der über 40 Jahre

anhaltende Krieg in Afghanistan, die Kriege Israels gegen den von Palästinensern bewohnten Gazastreifen und die vom Referenten als besonders dramatisch bezeichneten Auseinandersetzungen im Jemen.

Wenn auch, wie schon erwähnt, der IS weitgehend besiegt ist, so werden doch durch seine Anhänger terroristische Anschläge durchgeführt. Erinnert sei nur an die auf einem Berliner Weihnachtsmarkt.



Diskussion im Bernburger Metropol
(Foto privat)

Terrorismus erfolgt aber auch, wie das Beispiel der muslimischen Rohingya in Myamar, dessen Bevölkerung überwiegend Buddhisten, zeigt, aus religiösen Gründen und das in einem Land, dessen Ministerpräsidentin Trägerin des Friedensnobelpreises ist. Hunderttausende von ihnen haben nach brutaler Verfolgung Schutz in dem benachbarten Bangladesch gesucht.

Das aktuellste Beispiel für den Separatismus ist gegenwärtig das Bemühen der

spanischen Region Katalonien um einen eigenen Staat, womit sie aber auf den heftigen Widerstand der Zentralregierung stößt. Als weitere Beispiele seien aufgeführt: Das Bestreben Schottlands, sich im Zusammenhang mit dem Brexit von Großbritannien zu trennen, der Zerfall Jugoslawiens zu Beginn der 1990er Jahre, die Trennung des Kosovo von Serbien, der Kampf prorussischer Separatisten im Osten der Ukraine und die Ausrufung der Volksrepubliken Donezk und Lugansk sowie in Afrika die Gründung des Staates Südsudan.

Zum Nationalismus neigen nach Ansicht des Autors in Europa Polen und Ungarn, was sich nicht zuletzt auch in der Haltung zur Flüchtlingsproblematik zeigt. Auch in Deutschland sind bestimmte Ansätze nicht zu übersehen. Ausdruck des Nationalismus ist auch der Ausspruch des amerikanischen Präsidenten Trump „America first“.

André Brie stellte für die weitere Entwicklung in der Welt drei Aufgaben heraus, zu deren Erfüllung DIE LINKE einen Beitrag zu leisten hat. So gilt statt der Bewunderung für die EU, die er selbst in vielen Ländern erlebt hat, sich für deren positive Entwicklung einzusetzen.

Zweitens gilt es, sich für eine alternative, eine solidarische Weltwirtschaft einzusetzen.

Drittens ist eine wirkliche Friedenspolitik erforderlich. Dabei ist nicht nur an das Verbot von Waffenexporten gedacht, sondern Russland ist mit mehr Achtung zu begegnen.

GEGEN DAS VERGESSEN

Andreas Höppner, Landesvorsitzender

Der 9. November ist ein besonderer Tag. Er markiert und verbindet schwere und gute Etappen in der deutschen Geschichte. Mit dem Mauerfall vor 28 Jahren endete die Aufteilung der Welt im Ergebnis des verheerenden II. Weltkrieges. Das Ringen um die demokratische Republik, der Weg in die Diktatur und zur Ausgrenzung von Menschen und zum Völkermord sind eng mit den Novembertagen der Jahre 1918, 1923 und 1938 verknüpft. Wir gedenken an diesem Tag der Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und ehren die Kämpfe um Freiheit und Demokratie. Die allgemeine Erklärung der Menschenrechte und die Genfer Flüchtlingskonvention

sind vor dem Eindruck der Verbrechen im II. Weltkrieg entstanden. Die Schutzlosigkeit von Menschen, deren staatliche Ordnung zerbricht, war eine entscheidende Trennlinie für Leben oder Tod. Umso mehr muss heute der Schutz der Menschenrechte für die Flüchtlinge

Rassismus und Antisemitismus oder Hetze gegen Menschen, die sich durch ihre Überzeugungen oder Lebensweise von einer Mehrheit unterscheiden, darf es in Deutschland nie wieder geben.

Dafür steht DIE LINKE und wird es auch in Zukunft tun.

aus Syrien und anderen bedrohten Regionen gelten. Die Aufnahme in Deutschland folgte dem Geist der nach dem II. Weltkrieg entstandenen Schutzkonventionen, die Abschottung Europas spricht ihnen Hohn.

Mit Blick auf die derzeitigen Debatten um Ausgrenzung, Abschottung und Verbote gegen Minderheiten sagen wir einmal mehr: »Rassismus und Antisemitismus oder Hetze gegen Menschen, die sich durch ihre Überzeugungen oder Lebensweise von einer Mehrheit unterscheiden, darf es in Deutschland nie wieder geben.« Dafür steht DIE LINKE und wird es auch in Zukunft tun.

AUSSCHREIBUNG CLARA-ZETKIN-FRAUENPREIS 2018

DIE LINKE lobt anlässlich des Frauentages 2018 zum achten Mal einen Preis aus, mit dem herausragende Leistungen von Frauen in der Gesellschaft und Politik gewürdigt werden.

DIE LINKE, als Partei mit sozialistischem und feministischem Anspruch, setzt sich für eine gerechte, solidarische, demokratische und friedliche Gesellschaft ein, die Frauen wie Männern ein selbstbestimmtes Leben ohne Unterdrückung ermöglicht. Sie sucht dabei die Kooperation mit Fraueninitiativen, kritischen Sympathisantinnen und internationalen feministischen Netzwerken in Wissenschaft, Kultur und Politik, in Wirtschaft und Medien.

Zu allen Zeiten ist der Internationale Frauentag auch ein Kampftag für den Frieden gewesen! Clara Zetkin war nicht nur eine Frauenrechtlerin. Sie war auch eine starke Kämpferin für den Frieden. Sie setzte sich kompromisslos und unmissverständlich gegen Militarismus und Krieg und für die Sicherung des Friedens ein.

Im Sinne Clara Zetkins würdigt DIE LINKE mit dem nach ihr benannten Preis jährlich ein Projekt, das die Lebensbedingungen von Frauen verbessert, die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Gesellschaft befördert oder anderen Frauen auf ihrem Lebensweg ein Vorbild, eine Anregung geworden ist.

Die Verleihung eines Frauenpreises soll

die Beachtung für das eigensinnige und uneigennützig Engagement von Frauen in der Öffentlichkeit erhöhen und ermutigen, die eigenen Fähigkeiten und Kräfte für eine gerechtere Gesellschaft einzusetzen. Ob als Nobelpreisträgerinnen oder Krankenschwestern, als Musikerinnen oder in prekären Jobs, ob in der Pflege, im Ehrenamt, im sozialen Umfeld - Frauen



Verleihung des LINKEN Frauenpreises 2017 (Foto privat)

leisten Tag für Tag Großartiges für ein solidarisches, lebendiges und kreatives Gemeinwesen. Anerkennung und öffentliche Debatte dafür bleiben noch zu oft auf der Strecke. Der Clara-Zetkin-Preis wird auf diese Lücke verweisen und Anregung sein, mehr Erfolge in den Frauenkämpfen durchzusetzen.

Gleichzeitig geht es mit dem Clara-Zetkin-

Preis auch darum, den Internationalen Frauentag, der immer mehr als politischer Tag in Vergessenheit gerät, ins öffentliche Bewusstsein zurückzuholen.

Wer kann sich bewerben?

Mit dem Preis wird ein aktuelles Projekt oder eine Initiative einer Frau ausgezeichnet. Es können sich Fraueninitiativen oder Projekte für den Frauenpreis selbst bewerben oder von Parteimitgliedern der LINKEN vorgeschlagen werden, die im Sinne folgender Inhalte und Kriterien wirken:

- Engagement / Arbeit für Frauen oder die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Gesellschaft, hier auch besonders in Politik, Wissenschaft, Kultur und Kunst;
- Frauen, die mit ihrem kulturellen oder künstlerischen Schaffen eine solidarische und gerechtere Gesellschaft befördern sowie anderen Frauen als Vorbild dienen.

Die Jury

- Zwei Frauen aus dem Parteivorstand der LINKEN
- Eine Vertreterin der AG LISA
- Eine Vertreterin von linksjugend [solid]
- Eine Vertreterin von DIE LINKE. SDS

Bewerbungen bitte an frauenpreis@die-linke.de.

Einsendeschluss ist der 31. Januar 2018.

AUFRUF ZUR EINREICHUNG VON NOMINIERUNGSVORSCHLÄGEN ZUR „SALZLANDFRAU“

Wer kann die „Salzlandfrau“ 2017 vorschlagen?

Jede Bürgerin und jeder Bürger sowie Vereine, Verbände, Organisationen, Initiativen und Unternehmen können die Auszeichnung verdienter Frauen anregen.

Wie sollten die Nominierungsvorschläge aussehen?

Der Nominierungsvorschläge sollten möglichst detaillierte Schilderungen der Verdienste begrenzt auf eine A4-Seite enthalten. Eine bloße Aufzählung von Funktionen oder Ämtern ist nicht ausreichend. Die Nominierte sollte im Salzlandkreis wohnhaft sein. Eigenbewerbungen sind nicht zugelassen. Die Beilage von aktuellen Referenzen, aus denen die Einschätzung des Engagements der Nominierten hervorgeht, ist erwünscht.

Gern können die Vorschläge mit Belegen,

wie z. B. Zeitungsartikeln oder Schriftstücken Dritter, untermauert sein. Die vorgeschlagene Person sollte über den Vorschlag nicht informiert sein bzw. informiert werden. Die eingereichten Unterlagen werden nicht an die Einreicher zurückgesandt.

Wer prüft die Nominierungsvorschläge?

Eine Jury bestehend aus Vertretern der Wirtschaft, Institutionen und Behörden des Salzlandkreises wird über die Ehrenpreisvergabe entscheiden. In diesem Verfahren wird auch über die Kategorie der Ehrung entschieden. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Die Jurymitglieder sind sich bewusst, dass jeder eingereichte Nominierungsvorschlag höchste Anerkennung verdient. Eine Auswahl zu treffen, welche ehrenamtliche Leistung die Ehrung öffentlich verdient hat, stellt eine kaum lösbare Auf-

gabe dar. Insoweit entscheidet jedes Jury-Mitglied nach bestem Wissen und Gewissen.

Alle Vorschläge werden vertraulich behandelt. Dritte erhalten generell keine Auskünfte zum Stand des Auswahlverfahrens zu Einzelheiten des Engagements oder zu den Gründen, die zu einer eventuellen Ablehnung geführt haben.

An wen sind die Vorschläge zu senden und wann endet die Einreichungsfrist?

Ihre Nominierungsvorschläge senden Sie bitte **bis zum 31. Januar 2018** (es zählt der Eingang des Poststempels) an folgenden Ansprechpartnerinn:

Hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte Frau Astrid Müller, Karlsplatz 37, Telefon: 03471/6841020, Telefax: 03471 684 2800, E-Mail: amueller@kreis-slk.de

Kreisvorstand und Redaktion gratulieren im Dezember recht herzlich

Zum 94. Geburtstag
Beate Köthe

Zum 85. Geburtstag
Franz Walter

Zum 84. Geburtstag
Karin Zeißig

Zum 83. Geburtstag
Waltraud Engel

Zum 81. Geburtstag
Franz Meier

Zum 80. Geburtstag
Gerhard Hanel

Wir gratulieren auch allen anderen Mitgliedern unseres Kreisverbandes, die im Dezember Geburtstag haben



„Kaffee mit LINKS“

Am **10.01.2018 ab 16 Uhr** gibt es die nächste Gelegenheit, im Bernburger Bürgerbüro bei Kaffee und Kuchen ins Gespräch zu kommen.

Sitzung des Kreisvorstandes

Der Kreisvorstand tagt wieder am **10.01.2018 um 18 Uhr** im Staßfurter Fraktionsbüro (Löderburger Straße)

Aufruf zur Mitarbeit!

DIE LINKE Zeitung möchte möglichst ausgewogen aus allen Regionen des Salzlandkreises berichten und sucht deshalb ständig Beiträge. Egal ob BO-Sitzung, Vorstandswahl, öffentlichkeitswirksame Aktion, Berichte von MandatsträgerInnen und Abgeordneten. Wir freuen uns über Beiträge aus allen Bereichen. InteressentInnen nutzen bitte die Kontaktdaten der Redaktion.

Wir wünschen allen Leserinnen und Lesern ein friedliches und erholsames Weihnachtsfest sowie ein gesundes und erfolgreiches neues Jahr.

Kreisvorstand DIE LINKE
Redaktion DLZ

**Ortsversammlung
DIE LINKE Staßfurt**

Am **14.12.2017 ab 17 Uhr** in „Meyer´s Bräustüb´l“ (Hohenexlebener Straße 82). Im Mittelpunkt werden u.a. die Ergebnisse der Bundestagswahl und die Auswertung des Wahlkampfes, sowie ein Ausblick auf das kommende Jahr stehen.

Vorankündigung Neujahrsempfang: Kreisverband, Kreistagsfraktion und MdB Jan Korte laden am **22.01.2018** zum gemeinsamen Neujahrsempfang nach **Bernburg** ein.

Nachruf

In stiller Anteilnahme
Ruth Jobs

OV Schönebeck
Kreisvorstand



**Neujahrsempfang DIE LINKE
Saale-Wipper**

Am **13.01.2018** laden wir wieder ab 18 Uhr zum Neujahrsempfang in den Gemeindsaal nach Amesdorf ein.

**Neue Mailadresse des
Kreisverbandes**

Alle Mais zukünftig bitte an dielinke-slk@t-online.de senden.

Wahlkreistag MdB Jan Korte

Der Bundestagsabgeordnete ist am **19. und 21.12.2017** wieder im Salzlandkreis unterwegs. Für genaue Termine siehe www.dielinke-salzlandkreis.de



„Frühstück mit LINKS“

Am **29.01.2018 ab 10 Uhr** im Bernburger Bürgerbüro (Kleine Wilhelmstraße 2b).

**ClimatePartner^o
klimaneutral**

Druck | ID 11151-1701-1701

Die Linke Zeitung wurde klimaneutral auf Recyclingpapier gedruckt.

Einsendeschluss für die nächste DLZ ist der 05. Januar 2018.

Redaktionsschluss für diese Ausgabe war der 24. November 2017.

Herausgeber:

Kreisvorstand DIE LINKE. Salzlandkreis
www.dielinke-salzlandkreis.de
dielinke-slk@t-online.de
Postfach 1104, 06391 Bernburg

Redaktion :

Jörg Lemmert (V.i.S.d.P),
Klaus Magenheimer,
Siegfried Mahlfeld

Satz + Layout: Karsten Noack

Druck: Saxoprint

Bei nicht vereinbarten und nach Redaktionsschluss eingegangenen Artikeln kann die Veröffentlichung nicht garantiert werden.